



## PRESSEMITTEILUNG

### Ziel verfehlt...

„Herr Drenske hätte seine Hausaufgaben deutlich besser machen oder wenigstens einmal mit den Mitgliedern der Grünen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hannover darüber sprechen sollen“, stellt **CDU**-Ratsherr und Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hannover, **Dieter Küßner**, fest. Er bezieht sich dabei auf die von den Grünen aufgestellten Vorgaben an die künftigen Netzbetreiber von Wasser, Fernwärme, Strom und Gas in Hannover. „Hier zeigt sich einmal mehr, dass gerne Forderungen aufgestellt werden, die an der Realität vorbeigehen. Ich bin sehr verwundert, dass man bei den Grünen seit drei Monaten über diesen Forderungen brütet und herauskommt ein Pamphlet mit sinnlosen Forderungen und grünen Aktionismus, das völlig am Ziel vorbeigeht.“

„Die **CDU**-Ratsfraktion macht sich seit Jahren dafür stark, dass die hannoverschen Schwimmbäder und Sportvereine Sonderkonditionen bei Strom und Gas bekommen. Bislang hat Rot-Grün dieses Ansinnen immer abgelehnt ohne auch nur einen einzigen Alternativvorschlag zu unterbreiten. Die jetzige Forderung, den öffentlichen Schwimmbädern einen Kommunalrabatt bei Fernwärme einzuräumen, ist völlig sinnlos und reine Augenwischerei, da kein einziges öffentliches Schwimmbad in Hannover an das Fernwärmenetz angeschlossen ist“, so **Küßner** verärgert.

„Genauso undurchdacht ist die Forderung nach einer 30-prozentigen Steigerung des Fernwärmeanteils am Wärmehaushalt. Der Ausbau des Fernwärmenetzes macht Sinn, ist aber nur in den Teilen der Stadt, wo bereits Fernwärme liegt, wirtschaftlich. Das Ziehen kilometerlanger Fernwärmeleitungen durch die Stadt, nur um einzelne Häuser anzubinden, steht in keinem Verhältnis zu den Kosten – von der Umweltverträglichkeit ganz zu schweigen“, erläutert **Küßner**. „Völlig lächerlich ist der Prüfauftrag, ob im Kraftwerk Stöcken statt Kohle auch andere Materialien zur Energiegewinnung verbrannt werden können. Hier hätte Herr Drenske sich dringend im Vorfeld bei den Stadtwerken schlau machen sollen!“

„Auch die Einrichtung einer Schlichtungsstelle ist eine überflüssige Forderung, da es diese bereits gibt, z.B. die Schlichtungsstelle Energie e. V. in Berlin. Die zusätzlichen Forderungen laufen letztlich nur auf eines heraus: Grüne Preistreiberei bei den Energiepreisen! Und am Ende beklagen sich die Grünen dann wieder über die soziale Kälte in der Stadt“, stellt **Küßner** abschließend fest.

Für Nachfragen steht Ihnen unser Ratsherr **Dieter Küßner**, unter 0172 / 51 774 68 zur Verfügung.

**26.10.2012**